

Sozialdemokratische Partei Bümpliz-Bethlehem
Postfach 713
3018 Bern



SP BÜMPLIZ/BETHLEHEM

Einschreiben

Präsidialdirektion
Generalsekretariat
Fachbereich Recht
Junkerngasse 47, Postfach
3000 Bern 8

Bern, 07.05.18

**AUFRECHTERHALTUNG DER EINSPRACHE VOM 28. APRIL 2017
GEGEN DIE AUFLAGE BETR. ÜBERBAUUNGSORDNUNG
REHHAG VOM APRIL 2017 SOWIE GEGEN DIE BEIDEN
BAUGESUCHE**

**EINSPRACHE GEGEN DIE 2. ÖFFENTLICHE AUFLAGE UeO
REHHAG**

Der Sozialdemokratischen Partei Bümpliz/Bethlehem, Verein mit Sitz in Bern, handelnd durch
ihren Präsidenten, Herrn Mihalyi Szabolcs, Sägehofweg 6, 3027 Bern, 3018 Bern

betreffend

1. Aufrechterhaltung Einsprache vom 28. April 2017 gegen die Rehhag-Überbauungsordnung,
1. öffentliche Auflage
2. Aufrechterhaltung Einsprache vom 28. April 2017 gegen das Baugesuch Auffüllung der
Tongrube Rehhag Nord mit sauberem Aushub (inkl. Umweltverträglichkeitsbericht) sowie des
Baugesuchs für die temporäre Erschliessungspiste
3. Einsprache gegen die 2. öffentliche Auflage Überbauungsordnung Rehhag

I. Formelles

1. Die Einsprachefrist dauert gemäss Baupublikation bis und mit 11. Mai 2018 und ist mit der
heutigen Eingabe gewahrt.
2. Die Legitimation zur Einsprache ergibt sich aus Art. 2 der Statuten der SP Bümpliz/Bethlehem.

II. Aufrechterhaltung Einsprache vom 28. April 2017 gegen die 1. Auflage der Ueberbauungsordnung von 2017

1. Die SP Bümpliz Bethlehem hält an ihrer Einsprache vom 28. April 2017 gegen die 1. öffentliche Auflage der Rehag-Überbauungsordnung fest und bringt sie nachfolgend im Rahmen der 2. öffentlichen Auflage der Überbauungsordnung Rehag wiederum ein. Dasselbe gilt für die Einsprache vom 28. April 2017 gegen das Baugesuch Auffüllung der Tongrube Rehag Nord mit sauberem Aushub (inkl. Umweltverträglichkeitsbericht) sowie das Baugesuchs für die temporäre Erschliessungspiste.
2. Die vorstehend unter Ziffer 1 genannten Einsprachen wurde nie ordnungsgemäss abgeschlossen. Nach der Einspracheverhandlung vom 7. Juni 2017 hat die Stadt keine weiteren Schritte unternommen, um die Einsprache verbindlich zu beantworten. Da auf unsere Anliegen in der Einsprache nicht eingegangen wurde, halten wir an der Einsprache fest und erneuern diese im Rahmen der vorliegenden zweiten öffentlichen Auflage. Die ausgebliebene Kommunikation seit dem Versand des Protokolls zur Einspracheverhandlung seitens der Stadt lässt vermuten, dass unseren Begehren nicht die angemessene Wichtigkeit eingeräumt wird.

III. Einsprache gegen die 2. Auflage UeO Rehag: Forderungen

1. Die mit der zweiten Auflage eingeführte Grubenkommission wird auf mindestens 5 Personen erweitert und ergänzt durch Vertreter von Naturschutzorganisationen aus dem Quartier (wie z.B. Natur Bern West und/oder Bern bleibt grün). Die heutige Zusammensetzung mit lediglich drei Personen genügt nicht, um eine ordentliche Prüfung zu gewährleisten.
2. Die Grubenkommission tagt mindestens zwei Mal pro Jahr. Ein jährliches Treffen allein reicht für eine begleitende Kontrolle nicht aus.
3. Der Grubenkommission wird ein Sekretariat zur Seite gestellt, das die Mitglieder der Kommission mit Informationen zu aktuellen Fragen versorgt, zeitnahe Stellungnahmen einholt und auf aktuelle Anliegen eingeht.
4. Die Grubenkommission hat der stadträtlichen Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) jährlich bzw. bei Bedarf Bericht zu erstatten.

Die Sozialdemokratische Partei Bümpliz/Bethlehem wehrt sich vehement gegen das ungewöhnliche und befremdende Vorgehen des Gemeinderats, während der komplizierten und anspruchsvollen Stadtratsdebatte vom 23. März 2018 zur Rehag-Abstimmung kurzfristig und unangemeldet Anträge einzubringen. Weder den Stadtratsmitgliedern noch der zuständigen Kommission noch den Fraktionen wurde eine angemessene Frist eingeräumt, um die Anträge seriös zu prüfen. Das zeigt, dass im Rahmen der parlamentarischen Debatte keine vertiefte Diskussion erwünscht war. Dieses ungewöhnliche Vorgehen der Stadtregierung erachten wir als schwerwiegenden Eingriff in den politisch-demokratischen Entscheidungsprozess, der Parteien, Parlament und Bevölkerung die Mitsprache garantiert.

In diesem Zusammenhang machen wir den Gemeinderat auf seine Legislaturrichtlinie 2017-2020 «Stadt der Beteiligung» aufmerksam. Die fehlende Kommunikation seitens Gemeinderat und der Verwaltung zu den Einsprachen erachten wir als Affront. Die mehrmals vom Gemeinderat beschworene und erwünschte Beteiligung der Bevölkerung bedarf auch einer aktiven Kommunikation der Eingaben aus der Bevölkerung und es ist unverständlich, wie der Gemeinderat in dieser Angelegenheit Intransparenz fördert und die Anliegen nicht ernst nimmt.

Wir bitten um korrekte Behandlung unserer ersten Einsprachen gegen die Überbauungsordnung wie auch betr. das Baugesuch (siehe Beilagen) und um Berücksichtigung unserer Begehren zur 2. Auflage.

Mit freundlichen Grüßen



Sozialdemokratische Partei Bümpliz/Bethlehem

Mihalyi Szabolcs, Präsident

Im Doppel

Anhang:

Einsprachen gegen

- Rehhag Überbauungsordnung, öffentliche Auflage (28. 4. 2017)
- das Baugesuch Auffüllung der Tongrube Rehhag Nord mit sauberem Aushub (inkl. Umweltverträglichkeitsbericht) sowie des Baugesuchs für die temporäre Erschliessungspiste (28. 4. 2017)